

## **SO-01 Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 28.10.2022  
Tagesordnungspunkt: 4. Solidarisch und innovativ aus der Krise -  
Grün in die Zukunft!

### **Antragstext**

#### **I. Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!**

Wir erleben gerade eine Gleichzeitigkeit von globalen Krisen, die Politik vor immer neue Herausforderungen stellt und die Ungleichheit, mit der die Menschen mit den Krisen konfrontiert werden, deutlich macht. Die Corona-Pandemie ist zu einem stetigen Begleiter geworden, der unser Gesundheitssystem an seine Belastungsgrenzen bringt. Die Klimakrise zeigt sich immer öfter in ihren extremen Auswüchsen: Dürre, Waldbrände, Überschwemmungen, Artensterben. Der fortschreitende Klimawandel zerstört Lebensgrundlagen für Menschen und Tiere und bestimmt das Leben all derer, die von ihm betroffen sind. Die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit vielen Toten und die Dürre des vergangenen Sommers haben uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels nicht nur in weit entfernten Regionen wie jüngst in Pakistan geschehen, wo Millionen von Menschen ihre Häuser, Existenzgrundlagen und ihr Leben ließen.

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein historischer Einschnitt für unsere Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa und der Welt. Neben den grausamen Folgen für die Menschen in der Ukraine führt uns dieser Krieg unsere enorme Abhängigkeit von fossilen Energieträgern vor Augen und versetzt uns in eine Zeit der fossilen Inflation. Wir erleben in Deutschland und Europa Energieknappheit, steigende Lebenshaltungskosten und zurückgehende Kauf- und Investitionskraft sowie eine sich deutlich abzeichnende Rezession. Russlands Angriffskrieg und die Strategie, Energie als Waffe einzusetzen, sind der Auslöser für die Energiekrise. Putin nutzt dabei die jahrzehntelang fehlgeleitete Energiepolitik der Vorgängerregierungen aus, die sich immer weiter in die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas gebracht und dabei den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien versäumt haben. Diese bittere Realität ist aber auch der Ausgangspunkt, an dem wir Verantwortung übernehmen, um die unmittelbaren Auswirkungen für die Gesellschaft und die Wirtschaft in NRW zu bewältigen. Die multiplen Krisen fordern uns heraus: Wir

30 müssen jetzt schnell und pragmatisch handeln und dürfen zugleich unsere  
31 langfristigen Ziele nicht aus den Augen verlieren.

## 32 **Vorrang für Erneuerbare Energien**

33 Nur mit einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien können wir zum  
34 einen unsere Importabhängigkeit fossiler, insbesondere russischer Energieträger  
35 überwinden und zum anderen die wichtigen Schritte gehen, um der Klimakrise und  
36 ihren Folgen zu begegnen und den 1,5 Grad-Pfad einzuhalten.

37 Mit dem Koalitionsvertrag haben wir uns zum Ziel gesetzt, NRW zur ersten  
38 klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Je stärker wir auf die  
39 Erneuerbaren Energien setzen, desto unabhängiger sind wir von fossilen  
40 Energieträgern, desto freier werden wir von autoritären Regimen und desto eher  
41 hinterlassen wir eine lebensfähige Erde für kommende Generationen. Die  
42 Erneuerbaren Energien sind auch unsere Antwort auf die ungleiche  
43 Lastenverteilung der Auswirkungen der Klimakrise in diesem Land, denn sie  
44 stellen eine bezahlbare Energieversorgung sicher. Neben dem schnellstmöglichen  
45 Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen wir für einen geringeren  
46 Energieverbrauch sorgen und in mehr Energieeffizienz investieren. Energie muss  
47 dauerhaft für alle Privathaushalte, Unternehmen, öffentliche und soziale  
48 Einrichtungen sowie Schulen und Orte der Kinderbetreuung, Vereine und  
49 zivilgesellschaftliche Organisationen bezahlbar bleiben.

50 In NRW sind wir Grüne in den ersten vier Monaten unserer Regierungszeit wichtige  
51 Schritte für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gegangen. In der  
52 Landesregierung haben wir mehr Flächen für die Solarenergie geöffnet und dabei  
53 die Länderöffnungsklausel im Erneuerbare-Energien-Gesetz genutzt. Mit den  
54 Eckpunkten für einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) wird der Weg frei  
55 gemacht, die 1500-Meter-Abstandsregel der Vorgängerregierung aufzuheben, das  
56 Wind-an-Land-Gesetz umgesetzt und die Erzeugung von Windenergie auf geeigneten  
57 Wald- und Gewerbeflächen erleichtert. Zudem unterstützen wir die Kommunen dabei,  
58 die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern und stellen ihnen 50  
59 Millionen Euro für den Klimaschutz bereit. 40 Millionen Euro können die Kommunen  
60 mit einem einfachen Verfahren als direkte Zuschüsse für Klimaschutzinvestitionen  
61 beantragen. Denn Klimaschutz wird vor Ort gemacht! Und genau hier leisten wir  
62 Hilfe.

63 All diese Maßnahmen dienen dem Ziel, der Energiegewinnung aus Sonne und Wind  
64 mehr Raum zu geben. Für uns Grüne bleibt klar: Atomkraft ist keine Lösung und am  
65 Atomausstieg halten wir fest. Die Atomenergie ist und bleibt eine  
66 Hochrisikotechnologie, auch, weil für die Entsorgung des hochradioaktiven  
67 Abfalls keine Lösung in Sicht ist. Deshalb setzen wir uns für einen  
68 vollständigen Atomausstieg ein. Die Erneuerbaren Energien sind die Zukunft – für  
69 die Bürger\*innen, den Klima- und Umweltschutz und den Industriestandort NRW.

70 Im Bund haben wir zu Beginn des Jahres mit dem Nachtragshaushalt 2021 60  
71 Milliarden Euro zusätzlich dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur  
72 Verfügung gestellt, um mittels gezielter und nachhaltig wirkender Investitionen  
73 die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu dämpfen und unsere Wirtschaft  
74 gleichzeitig klar Richtung Klimaneutralität aufzustellen. Schon jetzt sind damit  
75 bis 2026 Ausgaben in Höhe von etwa 200 Milliarden Euro geplant. Doch auch in den  
76 nächsten Jahren bleibt die Finanzierung von Klimaschutz eine Priorität. Deshalb  
77 setzen wir uns dafür ein, zusätzlich 100 Milliarden Euro für Investitionen in  
78 eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zur Verfügung zu stellen.

79 Um diesem Ziel näher zu kommen, setzten wir Bündnis 90/ Die Grünen NRW uns für  
80 folgende Maßnahmen ein:

- 81 • Der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingt am schnellsten durch  
82 Verfahrensbeschleunigung, Digitalisierung, eine stärkere Bündelung auf  
83 Landes- und Regionalplanebene sowie Personalaufstockung in den  
84 Regionalplanungsbehörden. Dabei versöhnen wir vermeintliche Gegensätze  
85 zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren und dem Umwelt- und  
86 Biodiversitätsschutz.
- 87 • Wir wollen das Klimaschutzgesetz als zentrales Instrument der  
88 Klimaschutzpolitik in NRW wirksamer machen.
- 89 • Wir setzen uns weiter dafür ein, substanzielle finanzielle Mittel für den  
90 kommunalen Klimaschutz und in die Klimafolgenanpassung als Teil der  
91 kommunalen Daseinsvorsorge zu investieren.
- 92 • Die kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiger Schritt hin zur  
93 klimaneutralen Wärmeversorgung. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen  
94 für eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung schaffen. Zur Unterstützung  
95 der Kommunen werden wir ein „Kompetenzzentrum Wärmewende“ auf Landesebene  
96 gründen.
- 97 • Wir setzen uns im Rahmen einer Wärmepumpenoffensive dafür ein,  
98 Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen stärker bei der Nutzung zu  
99 unterstützen. Dabei spielt Geothermie eine wichtige Rolle in der  
100 Erneuerbaren-Wärmewende.
- 101 • 1000 zusätzliche Windenergieanlagen in den nächsten fünf Jahren sind unser  
102 Ziel. Eine Task Force „Ausbaubeschleunigung“ wird zeitnah die Planungs-  
103 und Genehmigungsverfahren standardisieren, vereinfachen, verkürzen und  
104 verpflichtend digitalisieren.
- 105 • Wir setzen uns dafür ein, die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu

106 steigern. Hierzu wollen wir in einem Bürgerenergiegesetz regeln, wie wir  
107 Anwohner\*innen noch stärker an Gewinnen aus den Windenergieanlagen  
108 beteiligen können.

109 • Wir werden Bürgerwindparks stärker durch fachliche Ansprechpartner\*innen  
110 bei der Landesgesellschaft für Klima und Energie unterstützen und  
111 Musterrahmenverträge ausarbeiten.

112 • Wir setzen uns für eine landeseigene Strategie für den Ausbau von  
113 Energiespeicher mit den richtigen Anreizen ein.

114 • Viele Unternehmen und Initiativen in NRW arbeiten bereits daran, eine  
115 echte Kreislaufwirtschaft in NRW zu etablieren. Wir wollen diese  
116 Strukturen stärken und erweitern und wichtige Impulse in der Nachhaltigen  
117 Wirtschaftsentwicklung, bei der Entstehung neuer Arbeitsplätze und bei der  
118 Erreichung der Klimaziele setzen.

#### 119 **Fossile Energien ersetzen, Erneuerbare Energien ausbauen**

120 Mit dem um acht Jahre vorgezogenen Kohleausstieg 2030 in NRW konnte eine  
121 wegweisende Verständigung zwischen Bund, Land und RWE getroffen werden. Der  
122 Kohleausstieg 2030 ist ein starkes Signal der Entschlossenheit und gemeinsam mit  
123 dem Ausbau der Erneuerbaren Energien ein wesentlicher Bestandteil in unserem  
124 Kampf gegen die Klimakrise. Die Verständigung zwischen Bund, Land und RWE  
125 schafft zudem die lang ersehnte Klarheit für die Menschen in den Dörfern und  
126 Höfen, die dort weiter wohnen und arbeiten können. Die vom Kohleausstieg  
127 betroffenen Beschäftigten können auf unsere Unterstützung zählen: Niemand soll  
128 ins Bergfreie fallen. Der Kohleausstieg 2030 ist ein Erfolg und ein wichtiger  
129 Meilenstein auf dem Weg zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas. Für  
130 die kurzfristige Versorgungssicherheit in der aktuellen Energiekrise werden zwei  
131 Blöcke des Kraftwerks Neurath erst im Frühjahr 2024 stillgelegt. Als Partei  
132 tragen wir diese pragmatische Entscheidung zugunsten einer sicheren  
133 Energieversorgung im Heute mit, ohne unsere Visionen von Morgen zu vergessen.  
134 Der Meilenstein des Kohleausstiegs 2030 im Rheinland wäre ohne die Klimabewegung  
135 nicht möglich gewesen. Aus rechtlichen, geo-statischen sowie  
136 energiewirtschaftlichen Gründen ist es nicht möglich, den ehemaligen Weiler  
137 Lützerath zu erhalten. Bitter ist, dass der Ausbau der Erneuerbaren nicht  
138 vorangetrieben und der Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier nicht bereits in  
139 der letzten Legislatur geklärt wurde, um noch rechtzeitig die Voraussetzungen  
140 dafür zu schaffen, dass auch Lützerath erhalten bleiben kann. Wir sind uns  
141 darüber bewusst, dass diese Notwendigkeit für manche enttäuschend und schwer  
142 erträglich ist. Unsere Antwort darauf bleibt ein engagiertes Arbeiten gegen die  
143 Klimakrise auf allen politischen Ebenen und in allen Sektoren; besonders in den  
144 Bereichen der Energie-, Umwelt-, Verkehrspolitik und unserer Art von Bauen und  
145 Konsum. In den Zielen stehen wir weiterhin an der Seite der vielfältigen

146 zivilgesellschaftlichen Klimabewegung.

147 **Industriestandort NRW bewahren: Unternehmen unterstützen, Innovationen fördern**

148 Eine zügige klimaneutrale Transformation ist für uns als Industriestandort eine  
149 besondere Herausforderung, aber auch essenziell, um die Wettbewerbsfähigkeit der  
150 deutschen Wirtschaft auch in Zukunft zu gewährleisten, Wertschöpfungsketten  
151 stabil und Arbeitsplätze der Zukunft im Land zu halten. Wir denken Klimaschutz  
152 und Wirtschaftspolitik zusammen, um die notwendigen Veränderungen anzugehen und  
153 nachhaltigen Wohlstand zu schaffen und wollen besonders in der Krise die  
154 Investitionen in Zukunftstechnologien mobilisieren. Der Industrie muss mit  
155 zielführenden Förderprogrammen bei der Dekarbonisierung geholfen werden. Dafür  
156 stellt der Bund unter Federführung des grünen Wirtschafts- und  
157 Klimaschutzministeriums in den nächsten Jahren einen zweistelligen  
158 Milliardenbetrag aus dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur  
159 Verfügung, mit dem sowohl Investitionen in klimaneutrale Produktionsanlagen  
160 unterstützt als auch die vorübergehend erhöhten Betriebskosten mittels  
161 Klimaschutzverträgen bezuschusst werden. Die Landesregierung fördert daher –  
162 gemeinsam mit dem Bund – die Errichtung der deutschlandweit ersten und größten  
163 wasserstoffbetriebenen Direktreduktionsanlage in Duisburg, die Hochöfen ersetzen  
164 und damit schon bis 2030 ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen wird. Damit  
165 unternehmen wir in NRW einen weiteren großen Schritt in Richtung klimaneutraler  
166 Stahlproduktion. Wasserstoff kommt beim Umstieg auf eine klimaneutrale  
167 Produktion eine zentrale Rolle zu. Nicht nur, aber insbesondere in der  
168 industriellen Kernregion unseres Landes an Rhein und Ruhr entsteht schon jetzt  
169 eine neue Wasserstoffwirtschaft, deren Aufbau wir aktiv unterstützen. Neben  
170 Förderung für Forschung und Entwicklung und den Ausbau von  
171 Elektrolysekapazitäten wird es in den kommenden Jahren auch darum gehen, die  
172 regulatorischen Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf – etwa in Bezug  
173 auf die Übertragungsnetze – so zu setzen, dass wir die Potenziale regionaler  
174 Wasserstoffproduktion konsequent heben. Dafür setzen wir uns auf Landes-,  
175 Bundes- und europäischer Ebene ein.

176 NRW ist von Industrie geprägt worden, sowie von starken Gewerkschaften. Sie sind  
177 unverzichtbare Partnerinnen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen und  
178 Verteidigerinnen gegen Rechts. Auch bei der Aufgabe der Transformation sind die  
179 Gewerkschaften unverzichtbar und Partnerinnen. Diese Transformation ist keine  
180 einmalige Handlung, sondern wird eine kontinuierliche Aufgabe. Dafür braucht es  
181 den inhaltlichen Dreiklang zwischen Investition, Innovation und Qualifizierung  
182 in einem Schulterschluss zwischen Politik, Gewerkschaften und Unternehmen.

183 Nach mehr als zwei Jahren Pandemie versetzen die massiv gestiegenen  
184 Energiepreise insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie  
185 Solo-Selbständige in finanzielle Nöte. Die finanziellen Rücklagen waren bei  
186 einigen schon durch die Maßnahmen in der Corona-Pandemie aufgebraucht - die

187 aktuell steigenden Kosten sind dort nur schwer zu tragen. Bei vielen fehlen  
188 somit auch die Mittel für die Umrüstung in einen effizienteren Energieverbrauch  
189 oder den Umbau in die klimaneutrale Transformation ihrer Betriebe. Gerade diese  
190 kleinen und mittelständischen Unternehmen wollen wir in diesen schwierigen  
191 Zeiten nicht zusätzlich belasten, sondern als Wirtschaftskraft und  
192 Arbeitgeber\*innen unseres Landes bei der Transformation unterstützen. Für  
193 Klimaschutzmaßnahmen des Mittelstandes braucht es auf Landesebene finanzielle  
194 Mittel, aber auch die Förderprogramme des Bundes müssen den neuen Realitäten  
195 angepasst werden. Darin unterstützen wir unsere Grünen Vertreter\*innen in  
196 Regierung und Parlamenten.

197 Klare Rahmenbedingungen und vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren für  
198 transformative Investitionen schaffen Planungssicherheit für Unternehmen und  
199 beschleunigen die Umsetzung. Als konkrete Schritte zur Dämpfung der  
200 wirtschaftlichen Folgen und zur Ankurbelung der Konjunktur setzen wir nicht auf  
201 Maßnahmen der Vergangenheit, sondern auf die Förderung von Innovation und auf  
202 gezielte Hilfe.

203 In diesem Sinne setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- 204 • Insbesondere mittelständische Unternehmen wollen wir bei Investitionen in  
205 klimaneutrale Produktionsprozesse unterstützen.
- 206 • NRW soll Vorreiter der industriellen Transformation werden. Hierzu setzen  
207 wir uns dafür ein, einen Industriepakt für Klimaneutralität und  
208 Wettbewerbsfähigkeit aufzusetzen.
- 209 • Grüner Wasserstoff ist unverzichtbar für das Erreichen der  
210 Klimaschutzziele. Wir machen uns dafür stark, alle Betriebe gezielt dabei  
211 zu unterstützen, auf grünen Wasserstoff umzurüsten und umzubauen.
- 212 • Bestehende Innovations-Hubs bauen wir zu regionalen Netzwerken aus und  
213 setzen dabei unterschiedliche Schwerpunkte, wie z.B. nachhaltige  
214 Innovationen.
- 215 • Wir setzen einen eigenen Innovationsfonds auf, mit dem wir an die  
216 themenoffene Forschungsstrategie anknüpfen wollen, um Innovationen zur  
217 Anwendung zu bringen.
- 218 • Wir setzen uns dafür ein, dass Klimaschutz bei der Investitionsförderung  
219 über das Altenpflegegesetz Nordrhein-Westfalen oder das  
220 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen stärker berücksichtigt und  
221 gefördert wird.

- 222 • Soziale Einrichtungen werden bei Förderprogrammen zum Klimaschutz zu  
223 häufig als Antragsberechtigte ausgeschlossen. Wir setzen uns daher für  
224 eine gleichberechtigte Antragsberechtigung von sozialen Einrichtungen auf  
225 Bundesebene ein.

## 226 **II. Solidarität als Antwort! Soziale Politik in Zeiten von Umbruch und Wandel**

227 Die gegenwärtigen Krisen betreffen heutige und zukünftige Generationen dieses  
228 Landes. Sie verschärfen die soziale Ungleichheit, denn die Folgen dieser Krisen  
229 sind ungleich verteilt. Alle Bürger\*innen merken die rasanten Preissteigerungen  
230 an der Supermarktkasse, der Zapfsäule oder bei den Verbrauchsabrechnungen der  
231 Energieversorger. Aber während die Preissprünge für ein paar Wenige ein Ärgernis  
232 sind, führen sie vielen zu spürbaren finanziellen Belastungen bis hin zu  
233 existenziellen Bedrohungen. So droht sich die soziale Ungleichheit und  
234 Verunsicherung der Gesellschaft weiter zu verschärfen. Soziale Sicherheit ist  
235 ein wesentlicher Teil unserer Demokratie und stärkt die gesellschaftliche  
236 Teilhabe. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu sozialen Protesten und  
237 Gewerkschaften als demokratisches Mittel; sie bilden einen Organisations- und  
238 Resonanzraum für politische Partizipation, machen auf Missstände aufmerksam und  
239 fördern den gesellschaftlichen Diskurs. All das ist in Zeiten von Krisen  
240 wichtiger denn je. Wir erleben aber leider auch, dass die Proteste und  
241 Unsicherheiten der Menschen von anderer Seite für Hass und Hetze  
242 instrumentalisiert werden. Das lassen wir nicht zu und solidarisieren uns mit  
243 allen, die unsere Unterstützung brauchen. Für Bündnis 90/Die Grünen gilt immer  
244 und ganz besonders in Krisenzeiten: Kein Fußbreit den Faschisten.

### 245 **Wohlstand bewahren - Entlastungen gerecht verteilen**

246 Besonders diejenigen, die bereits vor der Inflation kaum über die Runden  
247 gekommen sind, sind jetzt besonders hart getroffen. Durch die gestiegenen Kosten  
248 für Grundnahrungsmittel und das tägliche Leben, sparen Menschen an allen  
249 möglichen Stellen ein. Ein warmes Zuhause oder eine warme Winterjacke für die  
250 Kinder dürfen nicht zum Luxus werden. Bereits jetzt weiß ein großer Teil der  
251 Bevölkerung nicht, wie sie die Nebenkostenabrechnung im nächsten Jahr bezahlen  
252 soll. Finanzielle Rücklagen, auf die in schwierigen Zeiten zurückgegriffen  
253 werden kann, fehlen bei ca. 40 Prozent der Bevölkerung. Viele Menschen sorgen  
254 sich um ihren Wohlstand, für andere in diesem Land klingt das Versprechen des  
255 sozialen Aufstiegs und der Wohlstandsbewahrung – mehr denn je – wie Hohn. Auf  
256 die Sorgen vor Abstieg und Armut sowie der zunehmenden Hoffnungslosigkeit liegt  
257 es in unserer Verantwortung, Antworten zu finden und Entscheidungen zu treffen.  
258 Dazu brauchen wir entschlossene politische Entscheidungen und gleichzeitig ein  
259 gesellschaftliches Bündnis, in dem Staat, gesellschaftliche Netzwerke, die  
260 Wirtschaft und Institutionen wie Gewerkschaften gemeinsam wirken. Diese Krisen  
261 werden wir nur solidarisch bewältigen.

262 Wir lassen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht allein. Um sie zu  
263 unterstützen, braucht es kurzfristige Entlastungen und konkrete langfristige  
264 Maßnahmen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft wirken. Wir brauchen  
265 zielgerichtete Instrumente für die, die am härtesten von den Krisen getroffen  
266 werden. Dazu gehört, dass wir Belastungen gerechter verteilen.

267 Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 268 • Wir unterstützen Grüne auf Bundesebene darin, die Preise durch eine  
269 Gaspreisbremse – zumindest für einen Teil des Verbrauchs – auf ein Niveau  
270 zu bringen, welches die Bürger\*innen genauso wie die Unternehmen und  
271 Kommunen im Land vor Überforderung schützt.
  
- 272 • Mit dem Abschöpfen von Übergewinnen gehen wir auf Bundesebene einen ersten  
273 wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren, mit der den  
274 Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleibt. Zusätzlich  
275 werden Mittel aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds genutzt.
  
- 276 • Solange es die Preise weiterhin notwendig machen, setzen wir uns im Bund  
277 für weitere Sofortentlastungen wie sozial gestaffelte Direktzahlungen ein,  
278 die bei den Menschen ankommen und nicht mit anderen Sozialleistungen  
279 verrechnet oder gepfändet werden.
  
- 280 • Wir unterstützen auf Landesebene die schnelle Umsetzung eines sozial  
281 gerechten Klimageldes, das mit den Koalitionspartnern auf Bundesebene  
282 vereinbart wurde. Dazu muss das Bundesfinanzministerium zügig die  
283 Möglichkeit schaffen, direkte Auszahlungen über die Verknüpfung der  
284 individuellen Steuer-ID mit der IBAN vorzunehmen.
  
- 285 • Wir setzen uns auf Bundesebene für weitere Entlastungsmaßnahmen, wie eine  
286 kurzfristige Erhöhung des BAföG-Regelsatzes und der  
287 Mindestausbildungsvergütung, ein.
  
- 288 • Die im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vorgesehene steuerliche  
289 Gutschrift für Alleinerziehende muss schnell auf den Weg gebracht werden,  
290 um Alleinerziehende, die am meisten von Armut betroffen sind, spürbar zu  
291 entlasten.
  
- 292 • Wir haben uns für ein 9-Euro-Nachfolgeticket stark gemacht und setzen uns  
293 dafür ein, eine Ticketalternative unterhalb der in der  
294 Verkehrsministerkonferenz beschlossenen 49 Euro für Menschen mit  
295 geringeren Einkommen zu entwickeln.
  
- 296 • Kulturschaffende und die Kultur brauchen unsere Unterstützung,



297           beispielsweise bei der Hilfe der Bezahlung der gestiegenen Heizkosten.

298   **Soziale Sicherheit in der Krise schaffen – und darüber hinaus**

299   Unsere größte Aufgabe ist es in Zeiten von Umbruch und Wandel für eine  
300   klimaneutrale Zukunft zu sorgen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu  
301   sichern. Das gelingt uns nur, indem wir Solidarität mit denjenigen zeigen, die  
302   wenig haben und alle kontinuierlich ihren Beitrag leisten. Denn Solidarität ist  
303   keine einmalige Handlung, sondern eine Haltung, aus der konkrete politische  
304   Maßnahmen folgen.

305   Die drei Entlastungspakete, die unter Grüner Regierungsbeteiligung im Bund  
306   verabschiedet wurden, leisten einen wichtigen Beitrag, um die Bürger\*innen in  
307   ihren individuellen Lebenssituationen, und vor allem die, die wenig haben, für  
308   den kommenden Herbst, Winter und die Zeit danach zu entlasten. Es ist gut, dass  
309   der Bund über die Aufnahme von bis zu 200 Milliarden Euro neuer Kredite für den  
310   Wirtschaftsstabilisierungsfonds schon jetzt die finanziellen Grundlagen für die  
311   Abfederung der Energiekrise bis Mitte 2024 gelegt hat. Denn eine Krise ist keine  
312   Zeit für Geiz und kurze Sprünge. Das dritte beschlossene Entlastungspaket und  
313   der Abwehrschirm enthalten zur sozialen Abfederung viele wichtige Maßnahmen:  
314   eine Gas- und Strompreisbremse, ein Härtefallfonds für Unternehmen und soziale  
315   Einrichtungen, eine Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket, eine Wohngeldreform  
316   mit einem erweiterten Kreis der Berechtigten, eine Erhöhung von Kindergeld und  
317   Kinderzuschlag und das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 eine existenz- und  
318   teilhablesichernde Grundsicherung schafft. Als Grüne setzen wir uns dafür ein,  
319   dass zukünftige Entlastungsmaßnahmen noch stärker zielgerichtet diejenigen  
320   erreichen, die besonders bedürftig sind. Steuerliche Entlastungen höherer  
321   Einkommen sind ein falsches politisches Signal.

322   Als Grüne tragen wir in Bund und Land Regierungsverantwortung. Wir nehmen diese  
323   Verantwortung an und werden auch in den kommenden Monaten bestehende Lücken  
324   schließen, um die Menschen zu entlasten und unser soziales Sicherungsnetz zu  
325   stärken. Unser Kompass: Dabei muss unsere Unterstützung auf diejenigen abzielen,  
326   die es am meisten brauchen – Familien, Alleinerziehende, Rentner\*innen und  
327   Menschen, die von Armut betroffen sind.

328   Dabei sind Länder und Kommunen in besonderer Weise für die soziale Infrastruktur  
329   verantwortlich. Gerade in Krisenzeiten müssen die Menschen sich auf eine starke  
330   soziale Infrastruktur verlassen können. Kinder und Familien haben auch in den  
331   letzten Jahren der Pandemie große Herausforderungen zu stemmen gehabt. Zugleich  
332   ist noch sehr viel deutlicher zutage getreten, was viel zu lange nicht im Fokus  
333   der Politik war. Frühkindliche Bildung ist ein zentraler Baustein gelingender  
334   Bildungsbiografien, aber auch der Unterstützung von Familien bei der  
335   Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie vielen weiteren Alltagsfragen.

336 Als Landespartei setzten wir uns dabei für folgende Maßnahmen ein:

- 337 • Die Kinderbetreuung steht vor großen Herausforderungen: Die noch immer  
338 anhaltende Corona-Pandemie und der Fachkräftemangel. Dazu kommen viele  
339 Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse in die Kinderbetreuung, aus der  
340 Ukraine und anderen Krisen- und Kriegsregionen der Welt. In NRW werden wir  
341 aus diesen Gründen den Anschluss für die Finanzierung des Sprach-Kita  
342 Programm ab Sommer landesseitig über den Haushalt für 2023 sicherstellen.
- 343 • Jetzt ist die Zeit, um Kitas und soziale und Erziehungsberufe zu stärken.  
344 Dazu braucht es Fachkräfte in den Kitas, die sich voll auf ihre  
345 pädagogische Arbeit konzentrieren können und für die Kinder da sind. Darum  
346 werden wir das Alltagshelfer\*innenprogramm verlängern und wollen es weiter  
347 verstetigen.
- 348 • Wir starten eine gezielte Fachkräfteoffensive für die Sozial- und  
349 Erziehungsberufe, mit der alle Kinder gleichberechtigte Teilhabechancen  
350 erhalten.
- 351 • Krisen dürfen Kinderarmut nicht verstärken. Sie muss gerade jetzt in den  
352 Blick genommen werden. Mit einem zügigen Start zum Pakt gegen Kinderarmut  
353 sorgen wir genau dafür.
- 354 • Kinder dürfen nicht wieder zu Leittragenden der Krise werden. Wir setzen  
355 uns dafür ein, dass der von der Energiekommission vorgeschlagene  
356 Hilfsfonds für Sozialdienste auch die soziale Infrastruktur für Kinder und  
357 Jugendliche umfasst. Darüber hinaus trägt auch das Land dafür  
358 Verantwortung, Vorsorge zu betreiben, damit Kitas offen und warm bleiben.  
359 Gerade in Zeiten multipler Krisen brauchen Kinder und Familien  
360 verlässliche Strukturen.
- 361 • Überschuldung schafft Existenzangst und lähmt Betroffene. Deshalb ist es  
362 wichtig, dass wir die Schuldner- und Insolvenzberatung in unserem Land  
363 stärken und die Zugangsberechtigung weiter ausbauen. Ebenso setzten wir  
364 uns für die Stärkung der Verbraucherzentralen ein.

### 365 **Starke soziale Strukturen schaffen**

366 Klar ist: Die Entlastungspakete können nicht alle Belastungen dauerhaft  
367 auffangen. Klar ist auch: Armut war bereits vor dem russischen Angriffskrieg auf  
368 die Ukraine ein strukturelles Problem in NRW. Unsere Aufgabe muss viel mehr sein  
369 für soziale Gerechtigkeit zu sorgen – über den Krisenmodus hinaus. Gerade in  
370 Krisenzeiten, aber nicht nur, kommt es daher auf ein starkes soziales  
371 Sicherungsnetz und eine starke soziale Infrastruktur an. Wer hier spart, spart

372 am Fundament unserer Gesellschaft. Das lassen wir nicht zu. Armut ist  
373 vielschichtig und oft auf den ersten Blick unsichtbar. Für uns gehört zur  
374 Armutsbekämpfung die Sicherstellung der selbstbestimmten Teilhabe in allen  
375 Lebensbereichen.

376 Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 377 • Der vom Bund aufgelegte Hilfsfonds muss auch soziale Infrastruktur  
378 umfassend schützen.
  
- 379 • Nicht nur in den Sozial- und Erziehungsberufen, auch den Fach- und  
380 Arbeitskräftemangel in der Pflege, im Handwerk und in den Schulen gehen  
381 wir entschieden an.
  
- 382 • Frauen sind in ihrer Erwerbstätigkeit besonderen Schwierigkeiten  
383 ausgesetzt; sie unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit, um Familie zu gründen  
384 oder Angehörige zu pflegen, haben ein geringeres durchschnittliches  
385 Einkommen, sind öfter in Teilzeitarbeit oder im Niedriglohnsektor  
386 beschäftigt. Dadurch haben viele Frauen geringere Rentenansprüche,  
387 Altersarmut betrifft sie in hohem Maße. Wir stehen ein für eine bessere  
388 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sowohl einen entscheidenden  
389 Beitrag zur eigenständigen finanziellen Absicherung und Gleichberechtigung  
390 von insbesondere Frauen als auch dem Haushaltseinkommen insgesamt leistet.
  
- 391 • Die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen bleibt ein dringendes  
392 Handlungsfeld. Wir fordern die ortsnahen und behördenunabhängigen  
393 Arbeitslosenberatungen zu stärken und in den Kommunen durch Passiv-Aktiv  
394 Transfer geförderte Arbeitsplätze zu schaffen.
  
- 395 • Starke soziale Strukturen müssen erreichbar sein, egal wo man wohnt und  
396 was man verdient. Zusätzlich zum 49-Euro-Ticket, und einer günstigeren  
397 Alternativen pochen wir daher auf den Ausbau des ÖPNV. Ohne eine deutliche  
398 Erhöhung der Regionalisierungsmittel, die der Bund den Ländern jährlich  
399 zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zur Verfügung stellt,  
400 droht ein Ausdünnen dieses Angebots. Deshalb bestehen wir auf eine  
401 deutliche und angemessene Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes,  
402 um den Ausbau des ÖPNV zu ermöglichen.
  
- 403 • Wohnen ist ein Grundrecht und Teil der Daseinsvorsorge. Wir müssen den  
404 öffentlichen Wohnungsbau fördern und für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen.
  
- 405 • Wir werden Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen und Housing-First  
406 Programme, sowie Vermittlungsinitiativen, die sich für die Absicherung  
407 bestehender Mietverhältnisse einsetzen, unterstützen.

- 408
- 409
- 410
- 411
- 412
- 413
- 414
- Wir wollen lebenswerte Quartiere in unserem Land schaffen und weiterentwickeln, denn sie sind ein Schlüssel für selbstbestimmtes Wohnen, soziale Teilhabe und den Zusammenhalt vor Ort. Wir forcieren dabei altersgerechte und barrierefreie städtebauliche Maßnahmen, die Angebote der sozialen Infrastruktur, Soziale Arbeit und die Interessen der Bewohner\*innen in Quartierbüros und mit hauptamtlichen Quartiersmanager\*innen unterstützen.
- 415
- Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss abgesichert sein und sowohl den Bedürfnissen ländlicher, als auch urbaner Räume Rechnung tragen. Wir wollen mit Gesundheitszentren und Community Health Nurses eine Gesundheitsversorgung schaffen, die nah bei den Menschen ist.
- 416
- 417
- 418

### 419 **Gemeinsam aus der Krise**

420 Das Land befindet sich inmitten von schwierigen Zeiten. Die Bürger\*innen

421 erwarten von uns Lösungen auf die gegenwärtigen Krisen. Soziale Sicherheit und

422 soziale Gerechtigkeit sind für den gesellschaftlichen Frieden unverzichtbar. Aus

423 der Energiekrise darf keine soziale Krise werden, die Spaltung und Polarisierung

424 mit sich bringt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, benötigen wir eine

425 gemeinsame und zielgerichtete Kraftanstrengung auf Bundes- und Landes- und

426 kommunaler Ebene. An vielen Stellen bedarf es einer Neujustierung unseres

427 Sozialstaates, bei dem wir diesen an die Herausforderungen aus dem Hier und

428 Jetzt stetig anpassen. Die Gleichzeitigkeit der Krisen und Putins

429 Erpressungsversuche werden uns weder spalten noch auf die Knie zwingen. Mit

430 Energiesouveränität und sozialer Politik gehen wir gestärkt und gemeinsam aus

431 der Krise.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich

### **Unterstützer\*innen**

Manfred Hoffmann (KV Mülheim), Maria-Charlotte Koch (KV Rhein-Sieg)

## **SO-01NEU Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!**

Gremium: Landesparteirat  
Beschlussdatum: 13.11.2022  
Tagesordnungspunkt: 4. Solidarisch und innovativ aus der Krise -  
Grün in die Zukunft!

### **Antragstext**

#### **I. Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!**

Wir erleben gerade eine Gleichzeitigkeit von globalen Krisen, die die Politik vor immer neue Herausforderungen stellt und die Ungleichheit, mit der die Menschen mit den Krisen konfrontiert werden, deutlich macht. Die Corona-Pandemie ist zu einem stetigen Begleiter geworden, der unser Gesundheitssystem an seine Belastungsgrenzen bringt. Die Klimakrise zeigt sich immer öfter in ihren extremen Auswüchsen: Dürre, Waldbrände und Überschwemmungen. Das Artensterben ist die parallel stattfindende zweite große Krise, die die Existenzbedingungen der Menschen auf dem Planeten in Frage stellt. Der fortschreitende Klimawandel zerstört Lebensgrundlagen für Menschen und Tiere und bestimmt das Leben allerer, die von ihm betroffen sind. Die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit vielen Toten und die Dürre des vergangenen Sommers haben uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels nicht nur in weit entfernten Regionen wie jüngst in Pakistan geschehen, wo Millionen von Menschen ihre Häuser, Existenzgrundlagen und ihr Leben ließen.

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein historischer Einschnitt für unsere Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa und der Welt. Neben den grausamen Folgen für die Menschen in der Ukraine führt uns dieser Krieg unsere enorme Abhängigkeit von fossilen Energieträgern vor Augen und versetzt uns in eine Zeit der fossilen Inflation. Wir erleben in Deutschland und Europa Energieknappheit, steigende Lebenshaltungskosten und zurückgehende Kauf- und Investitionskraft sowie eine sich deutlich abzeichnende Rezession. Russlands Angriffskrieg und die Strategie, Energie als Waffe einzusetzen, sind der Auslöser für die Energiekrise. Putin nutzt dabei die jahrzehntelang fehlgeleitete Energiepolitik der Vorgängerregierungen aus, die sich immer weiter in die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas gebracht und dabei den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien versäumt haben. Diese bittere Realität ist aber auch der Ausgangspunkt, an dem wir Verantwortung

30 übernehmen, um die unmittelbaren Auswirkungen für die Gesellschaft und die  
31 Wirtschaft in NRW zu bewältigen. Das gelingt uns nur mit massiven Investitionen  
32 in die Zukunft und gezielten Entlastungen in der Gegenwart. Diese wollen wir  
33 unter Anwendung des regulären Haushaltsrechts, sowie, wenn nötig, unter  
34 Inanspruchnahme der Ausnahmeregelungen der Schuldenbremse bewerkstelligen. Die  
35 multiplen Krisen fordern uns heraus: Wir müssen jetzt schnell und pragmatisch  
36 handeln und dürfen zugleich unsere langfristigen Ziele nicht aus den Augen  
37 verlieren.

38  
39 Wir GRÜNE NRW begrüßen den Drei-Säulen-Plan der Schwarz-Grünen Landesregierung,  
40 der mit finanziellen Mitteln in Höhe von 3,5 Milliarden Euro hinterlegt ist.  
41 Dieses Entlastungspaket kümmert sich um das Heute und nimmt dabei das Morgen in  
42 den Blick. Erstens: Mit einer umfassenden Krisenhilfe sollen Familien, Kinder,  
43 Wirtschaft, Kultur, und Sport entlastet werden. Klar ist: Dieses Land steht  
44 solidarisch zusammen. Um zweitens den aktuellen Herausforderungen in der Krise  
45 angemessen zu begegnen, soll die Krisen-Resilienz gestärkt werden. Und drittens  
46 soll eine vorausschauende Krisenvorsorge auf die Zukunft vorbereiten. Damit das  
47 gelingt, braucht es ein sicheres Fundament für die Energieversorgung des Landes.

48  
49 Damit mobilisiert NRW insgesamt 14,4 Milliarden Euro in die Entlastung von  
50 Bürger\*innen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

## 51 **Vorrang für Erneuerbare Energien**

52 Nur mit einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien können wir zum  
53 einen unsere Importabhängigkeit fossiler, insbesondere russischer Energieträger  
54 überwinden und zum anderen die wichtigen Schritte gehen, um der Klimakrise und  
55 ihren Folgen zu begegnen und den 1,5 Grad-Pfad einzuhalten.

56 Mit dem Koalitionsvertrag haben wir uns zum Ziel gesetzt, NRW zur ersten  
57 klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Je stärker wir auf die  
58 Erneuerbaren Energien setzen, desto unabhängiger sind wir von fossilen  
59 Energieträgern, desto freier werden wir von autoritären Regimen und desto eher  
60 hinterlassen wir eine lebensfähige Erde für kommende Generationen. Die  
61 Erneuerbaren Energien sind auch unsere Antwort auf die ungleiche  
62 Lastenverteilung der Auswirkungen der Klimakrise in diesem Land, denn sie  
63 stellen eine bezahlbare Energieversorgung sicher. Neben dem schnellstmöglichen  
64 Ausbau der Erneuerbaren Energien, müssen wir für einen geringeren  
65 Energieverbrauch sorgen und in mehr Energieeffizienz investieren. Energie muss  
66 dauerhaft für alle Privathaushalte, Unternehmen, öffentliche und soziale  
67 Einrichtungen sowie Schulen und Orte der Kinderbetreuung, Vereine und  
68 zivilgesellschaftliche Organisationen bezahlbar bleiben. Wir haben in den  
69 letzten Jahrzehnten billige fossile Energien aus autoritären Staaten auf Kosten  
70 von Klima und Menschenrechten bezogen. Auch deshalb ist der Ausbau der  
71 Erneuerbaren Energien entscheidend. Klar ist aber auch: Erneuerbare Energie  
72 heißt nicht unendliche Energie. Wir müssen schonender, sparsamer und achtsamer

73 mit Energie umgehen.

74 In NRW sind wir Grüne in den ersten vier Monaten unserer Regierungszeit wichtige  
75 Schritte für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gegangen. In der  
76 Landesregierung haben wir mehr Flächen für die Solarenergie geöffnet und dabei  
77 die Länderöffnungsklausel im Erneuerbare-Energien-Gesetz genutzt. Mit den  
78 Eckpunkten für einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) wird der Weg frei  
79 gemacht, die 1500-Meter-Abstandsregel der Vorgängerregierung aufzuheben, das  
80 Wind-an-Land-Gesetz umzusetzen und die Erzeugung von Windenergie auf geeigneten  
81 Wald- und Gewerbeflächen zu erleichtern. Zudem unterstützen wir die Kommunen  
82 dabei, die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern und stellen ihnen 50  
83 Millionen Euro für den Klimaschutz bereit. 40 Millionen Euro können die Kommunen  
84 mit einem einfachen Verfahren als direkte Zuschüsse für Klimaschutzinvestitionen  
85 beantragen. denn Klimaschutz wird vor Ort gemacht! Und genau hier leisten wir  
86 Hilfe.

87 All diese Maßnahmen dienen dem Ziel, der Energiegewinnung aus Sonne und Wind  
88 mehr Raum zu geben. Die bisher ergriffenen Maßnahmen beschleunigen den Ausbau  
89 der Windkraft für die Zukunft. Für 2022 und 2023 – und somit entscheidend für  
90 die kommenden Winter – leidet der Zubau noch an den Versäumnissen der  
91 Vorgängerregierung. Wir unterstützen die Wirtschaftsministerin darin, den Ausbau  
92 der Windenergie in NRW kurzfristig anzukurbeln, um die Energiepreise zu dämpfen  
93 und klimaschädliche Kohlekraft zu ersetzen. Derzeit liegen Anträge zur  
94 Errichtung von hunderten von Windenergieanlagen in den Genehmigungsbehörden. Wir  
95 fordern Bund, Land und Kommunen auf, diese Anlagen angesichts des russischen  
96 Energiekriegs gegen Europa in Schnellverfahren innerhalb der nächsten sechs  
97 Monate zu genehmigen. Wir begrüßen daher die Einrichtung der "Taskforce  
98 Ausbaubeschleunigung Windenergie NRW" durch das Wirtschaftsministerium. Zudem  
99 müssen die Genehmigungsbehörden vor Ort massiv unterstützt werden, denn die  
100 Energiewende wird auch vor Ort gemacht. Wir bekräftigen unsere Position, den  
101 bestehenden pauschalen Mindestabstand von 1000m für Windenergieanlagenanlagen  
102 zur Wohnbebauung abzuschaffen.

103  
104 Für uns Grüne bleibt klar: Atomkraft ist keine Lösung und am Atomausstieg halten  
105 wir fest. Die Atomenergie ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie, auch, weil  
106 für die Entsorgung des hochradioaktiven Abfalls keine Lösung in Sicht ist.  
107 Deshalb setzen wir uns für einen vollständigen Atomausstieg ein. Die  
108 Erneuerbaren Energien sind die Zukunft – für die Bürger\*innen, den Klima- und  
109 Umweltschutz und den Industriestandort NRW.

110 Als Grüne denken wir Klima- und Naturschutz zusammen. Intakte Ökosysteme sind  
111 wichtig für den Klimaschutz, weil sie als natürliche Senken CO2 einspeichern  
112 können. Werden sie zerstört, stoßen sie jedoch Treibhausgase aus. Etwa 7% (über  
113 50 Mio. Tonnen) der bundesweiten CO2-Emissionen stammen allein aus beschädigten  
114 Moorböden. Deshalb werden wir in Nordrhein-Westfalen die Potenziale für den  
115 natürlichen Klimaschutz nutzen, indem wir Moore, Auen, Wälder, Grünland und

116 Stadtgrün schützen und wiederherstellen. Neben dem Klima bringen wir damit auch  
117 Artenschutz und Klimaanpassung voran.

118 Im Bund haben wir zu Beginn des Jahres mit dem Nachtragshaushalt 2021 60  
119 Milliarden Euro zusätzlich dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur  
120 Verfügung gestellt, um mittels gezielter und nachhaltig wirkender Investitionen  
121 die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu dämpfen und unsere Wirtschaft  
122 gleichzeitig klar in Richtung Klimaneutralität aufzustellen. Schon jetzt sind  
123 damit bis 2026 Ausgaben in Höhe von etwa 200 Milliarden Euro geplant. Doch auch  
124 in den nächsten Jahren bleibt die Finanzierung von Klimaschutz eine Priorität.  
125 Deshalb setzen wir uns dafür ein, zusätzlich 100 Milliarden Euro für  
126 Investitionen in eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zur Verfügung zu  
127 stellen.

128 Um diesem Ziel näher zu kommen, setzten wir BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN NRW uns für  
129 folgende Maßnahmen ein:

- 130 • Der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingt am schnellsten durch  
131 Verfahrensbeschleunigung, Digitalisierung, eine stärkere Bündelung auf  
132 Landes- und Regionalplanebene sowie Personalaufstockung in den  
133 Regionalplanungsbehörden. Dabei versöhnen wir vermeintliche Gegensätze  
134 zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren und dem Umwelt- und  
135 Biodiversitätsschutz.
- 136 • Wir wollen das Klimaschutzgesetz als zentrales Instrument der  
137 Klimaschutzpolitik in NRW wirksamer machen.
- 138 • Wir setzen uns weiter dafür ein, substanzielle finanzielle Mittel für den  
139 kommunalen Klimaschutz und in die Klimafolgenanpassung als Teil der  
140 kommunalen Daseinsvorsorge zu investieren.
- 141 • Die kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiger Schritt hin zur  
142 klimaneutralen Wärmeversorgung. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen  
143 für eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung schaffen. Zur Unterstützung  
144 der Kommunen werden wir ein „Kompetenzzentrum Wärmewende“ auf Landesebene  
145 gründen.
- 146 • Wir setzen uns im Rahmen einer Wärmepumpenoffensive dafür ein,  
147 Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen stärker bei der Nutzung zu  
148 unterstützen. Dabei spielt Geothermie eine wichtige Rolle in der  
149 Erneuerbaren-Wärmewende.
- 150 • 1000 zusätzliche Windenergieanlagen in den nächsten fünf Jahren sind unser  
151 Ziel. Eine Task Force „Ausbaubeschleunigung“ wird zeitnah die Planungs-



152 und Genehmigungsverfahren standardisieren, vereinfachen, verkürzen und  
153 verpflichtend digitalisieren.

- 154 • Wir setzen uns dafür ein, die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu  
155 steigern. Hierzu wollen wir in einem Bürgerenergiegesetz regeln, wie wir  
156 Anwohner\*innen noch stärker an Gewinnen aus den Windenergieanlagen  
157 beteiligen können.
  
- 158 • Wir werden Bürgerwindparks stärker durch fachliche Ansprechpartner\*innen  
159 bei der Landesgesellschaft für Klima und Energie unterstützen und  
160 Musterrahmenverträge ausarbeiten.
  
- 161 • Wir setzen uns für eine landeseigene Strategie für den Ausbau von  
162 Energiespeichern mit den richtigen Anreizen ein.
  
- 163 • Viele Unternehmen und Initiativen in NRW arbeiten bereits daran, eine  
164 echte Kreislaufwirtschaft in NRW zu etablieren. Wir wollen diese  
165 Strukturen stärken und erweitern und wichtige Impulse in der nachhaltigen  
166 Wirtschaftsentwicklung, bei der Entstehung neuer Arbeitsplätze und bei der  
167 Erreichung der Klimaziele setzen.
  
- 168 • Für uns ist und bleibt klar: Wir schließen Fracking in NRW aus. So ist es  
169 auch im Koalitionsvertrag für NRW vereinbart. Denn Fracking schadet dem  
170 Klima, den Menschen, dem Trinkwasser und der Natur.
  
- 171 • Wir stärken den natürlichen Klimaschutz, indem wir natürliche CO<sub>2</sub>-Senken  
172 wie Moore, Auen und Wälder schützen und beschädigte Ökosysteme  
173 wiederherstellen. Dadurch leisten wir auch einen Beitrag zum Artenschutz  
174 und zur Klimaanpassung.

## 175 **Fossile Energien ersetzen, Erneuerbare Energien ausbauen**

176 Mit dem um acht Jahre vorgezogenen Kohleausstieg 2030 in NRW konnte eine  
177 wegweisende Verständigung zwischen Bund, Land und RWE getroffen werden. Der  
178 Kohleausstieg 2030 ist ein starkes Signal der Entschlossenheit und gemeinsam mit  
179 dem Ausbau der Erneuerbaren Energien ein wesentlicher Bestandteil in unserem  
180 Kampf gegen die Klimakrise. Die Verständigung zwischen Bund, Land und RWE  
181 schafft zudem die lang ersehnte Klarheit für die Menschen in den Dörfern und auf  
182 den Höfen, die dort weiter wohnen und arbeiten können. Die vom Kohleausstieg  
183 betroffenen Beschäftigten, sowie alle Menschen, die einen Verlust ihres  
184 Arbeitsplatzes aufgrund der notwendigen Transformation haben, können auf unsere  
185 Unterstützung zählen: Niemand soll ins Bergfreie fallen. Wir lassen niemanden  
186 alleine und arbeiten daran, dass z.B. Beschäftigte der fossilen Industrien,

187 neuen, attraktiven und qualifizierten Jobs mit ähnlichen Arbeitsbedingungen  
188 nachgehen können. Der Kohleausstieg 2030 ist ein Erfolg und ein wichtiger  
189 Meilenstein auf dem Weg zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas. Für  
190 die kurzfristige Versorgungssicherheit in der aktuellen Energiekrise werden zwei  
191 Blöcke des Kraftwerks Neurath erst im Frühjahr 2024 stillgelegt. Die dadurch  
192 entstehenden zusätzlichen Emissionen bis 2024 erfordern es, dass wir unsere  
193 Anstrengungen für mehr Klimaschutz noch weiter verstärken und die zusätzlichen  
194 Emissionen ausgleichen. Als Partei tragen wir diese pragmatische Entscheidung  
195 zugunsten einer sicheren Energieversorgung im Heute mit, ohne unsere Visionen  
196 von Morgen zu vergessen. Der Fortschritt des nun vorgezogenen und  
197 festgeschriebenen Kohleausstiegs 2030 im Rheinland wäre ohne die Klimabewegung  
198 nicht möglich gewesen. Aus rechtlichen, geo-statischen sowie  
199 energiewirtschaftlichen Gründen ist es nicht möglich, die Siedlung Lützerath zu  
200 erhalten. Bitter ist, dass der Ausbau der Erneuerbaren nicht vorangetrieben und  
201 der Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier nicht bereits in der letzten  
202 Legislatur geklärt wurde, um noch rechtzeitig die Voraussetzungen dafür zu  
203 schaffen, dass auch Lützerath erhalten bleiben kann. Wir sind uns darüber  
204 bewusst, dass diese Notwendigkeit für manche enttäuschend und schwer erträglich  
205 ist. Unsere Antwort darauf bleibt ein engagiertes Arbeiten gegen die Klimakrise  
206 auf allen politischen Ebenen und in allen Sektoren; besonders in den Bereichen  
207 der Energie-, Umwelt-, Verkehrspolitik und unserer Art von Bauen und Konsum. In  
208 den Zielen stehen wir weiterhin an der Seite der vielfältigen  
209 zivilgesellschaftlichen Klimabewegung.

## 210 **Industriestandort NRW bewahren: Unternehmen unterstützen, Innovationen fördern**

211 Eine zügige klimaneutrale Transformation ist für uns als Industriestandort eine  
212 besondere Herausforderung, aber auch essenziell, um die Wettbewerbsfähigkeit der  
213 deutschen Wirtschaft auch in Zukunft zu gewährleisten, Wertschöpfungsketten  
214 stabil und Arbeitsplätze der Zukunft im Land zu halten. Wir denken Klimaschutz  
215 und Wirtschaftspolitik zusammen, um die notwendigen Veränderungen anzugehen und  
216 nachhaltigen und sozialen Wohlstand zu schaffen und wollen besonders in der  
217 Krise die Investitionen in Zukunftstechnologien mobilisieren. Der Industrie muss  
218 mit zielführenden Förderprogrammen bei der Dekarbonisierung geholfen werden.  
219 Dafür stellt der Bund unter Federführung des grünen Wirtschafts- und  
220 Klimaschutzministeriums in den nächsten Jahren einen zweistelligen  
221 Milliardenbetrag aus dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur  
222 Verfügung, mit dem sowohl Investitionen in klimaneutrale Produktionsanlagen  
223 unterstützt als auch die vorübergehend erhöhten Betriebskosten mittels  
224 Klimaschutzverträgen bezuschusst werden. Die Landesregierung fördert daher –  
225 gemeinsam mit dem Bund – die Errichtung der deutschlandweit ersten und größten  
226 wasserstoffbetriebenen Direktreduktionsanlage in Duisburg, die Hochöfen ersetzen  
227 und damit schon bis 2030 ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen wird. Damit  
228 unternehmen wir in NRW einen weiteren großen Schritt in Richtung klimaneutraler  
229 Stahlproduktion. Wasserstoff kommt beim Umstieg auf eine klimaneutrale  
230 Produktion eine zentrale Rolle zu. Nicht nur, aber insbesondere in der

231 industriellen Kernregion unseres Landes an Rhein und Ruhr entsteht schon jetzt  
232 eine neue Wasserstoffwirtschaft, deren Aufbau wir aktiv unterstützen. Neben  
233 Förderung für Forschung und Entwicklung und den Ausbau von  
234 Elektrolysekapazitäten wird es in den kommenden Jahren auch darum gehen, die  
235 regulatorischen Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf – etwa in Bezug  
236 auf die Übertragungsnetze – so zu setzen, dass wir die Potenziale regionaler  
237 Wasserstoffproduktion konsequent heben. Dafür setzen wir uns auf Landes-,  
238 Bundes- und europäischer Ebene ein.

239 NRW ist von Industrie geprägt worden, sowie von starken Gewerkschaften. Sie sind  
240 unverzichtbare Partnerinnen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen und  
241 Verteidigerinnen gegen Rechts. Auch bei der Aufgabe der Transformation sind die  
242 Gewerkschaften unverzichtbar und Partnerinnen. Diese Transformation ist keine  
243 einmalige Handlung, sondern wird eine kontinuierliche Aufgabe. Dafür braucht es  
244 den inhaltlichen Dreiklang zwischen Investition, Innovation und Qualifizierung  
245 in einem Schulterschluss zwischen Politik, Gewerkschaften und Unternehmen.

246 Nach mehr als zwei Jahren Pandemie versetzen die massiv gestiegenen  
247 Energiepreise insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie  
248 Solo-Selbständige in finanzielle Nöte. Die finanziellen Rücklagen waren bei  
249 einigen schon durch die Maßnahmen in der Corona-Pandemie aufgebraucht – die  
250 aktuell steigenden Kosten sind dort nur schwer zu tragen. Bei vielen fehlen  
251 somit auch die Mittel für die Umrüstung in einen effizienteren Energieverbrauch  
252 oder den Umbau in die klimaneutrale Transformation ihrer Betriebe. Gerade diese  
253 kleinen und mittelständischen Unternehmen wollen wir in diesen schwierigen  
254 Zeiten nicht zusätzlich belasten, sondern sie als Wirtschaftskraft und  
255 Arbeitgeber\*innen unseres Landes bei der Transformation unterstützen. Für  
256 Klimaschutzmaßnahmen des Mittelstandes braucht es auf Landesebene finanzielle  
257 Mittel, aber auch die Förderprogramme des Bundes müssen den neuen Realitäten  
258 angepasst werden. Darin unterstützen wir unsere grünen Vertreter\*innen in  
259 Regierung und Parlamenten.

260 Klare Rahmenbedingungen und vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren für  
261 transformative Investitionen schaffen Planungssicherheit für Unternehmen und  
262 beschleunigen deren Umsetzung. Als konkrete Schritte zur Dämpfung der  
263 wirtschaftlichen Folgen und zur Ankurbelung der Konjunktur setzen wir nicht auf  
264 Maßnahmen der Vergangenheit, sondern auf die Förderung von Innovation und auf  
265 gezielte Hilfe.

266 In diesem Sinne setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- 267 • Insbesondere mittelständische Unternehmen wollen wir bei Investitionen in  
268 klimaneutrale Produktionsprozesse unterstützen.
  
- 269 • NRW soll Vorreiter der industriellen Transformation werden. Hierzu setzen

270 wir uns dafür ein, einen Industriepakt für Klimaneutralität und  
271 Wettbewerbsfähigkeit aufzusetzen.

- 272 • Grüner Wasserstoff ist unverzichtbar für das Erreichen der  
273 Klimaschutzziele. Wir machen uns dafür stark, alle Betriebe gezielt dabei  
274 zu unterstützen, auf grünen Wasserstoff umzurüsten und umzubauen.
  
- 275 • Bestehende Innovations-Hubs bauen wir zu regionalen Netzwerken aus und  
276 setzen dabei unterschiedliche Schwerpunkte, wie beispielsweise nachhaltige  
277 Innovationen.
  
- 278 • Wir setzen einen eigenen Innovationsfonds auf, mit dem wir an die  
279 themenoffene Forschungsstrategie anknüpfen wollen, um Innovationen zur  
280 Anwendung zu bringen.
  
- 281 • Wir setzen uns dafür ein, dass Klimaschutz bei der Investitionsförderung  
282 über das Altenpflegegesetz Nordrhein-Westfalen oder das  
283 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen stärker berücksichtigt und  
284 gefördert wird.
  
- 285 • Soziale Einrichtungen werden bei Förderprogrammen zum Klimaschutz zu  
286 häufig als Antragsberechtigte ausgeschlossen. Wir setzen uns daher für  
287 eine gleichberechtigte Antragsberechtigung von sozialen Einrichtungen auf  
288 Bundesebene ein.

## 289 **II. Solidarität als Antwort! Soziale Politik in Zeiten von Umbruch und Wandel**

290 Die gegenwärtigen Krisen betreffen heutige und zukünftige Generationen dieses  
291 Landes. Sie verschärfen die soziale Ungleichheit, denn die Folgen dieser Krisen  
292 sind ungleich verteilt. Alle Bürger\*innen merken die rasanten Preissteigerungen  
293 an der Supermarktkasse, der Zapfsäule oder bei den Verbrauchsabrechnungen der  
294 Energieversorger. Aber während die Preissprünge für ein paar Wenige ein Ärgernis  
295 sind, führen sie bei vielen zu spürbaren finanziellen Belastungen bis hin zu  
296 existenziellen Bedrohungen. So droht sich die soziale Ungleichheit und  
297 Verunsicherung der Gesellschaft weiter zu verschärfen. Soziale Sicherheit ist  
298 ein wesentlicher Teil unserer Demokratie und stärkt die gesellschaftliche  
299 Teilhabe. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu sozialen Protesten als  
300 demokratischem Mittel und arbeiten mit Gewerkschaften als unsere Partner\*innen  
301 zusammen; sie bilden einen Organisations- und Resonanzraum für politische  
302 Partizipation, machen auf Missstände aufmerksam und fördern den  
303 gesellschaftlichen Diskurs. All das ist in Zeiten von Krisen wichtiger denn je.  
304 Wir erleben aber leider auch, dass die Proteste und Unsicherheiten der Menschen  
305 von anderer Seite für Hass und Hetze instrumentalisiert werden. Das lassen wir  
306 nicht zu und solidarisieren uns mit allen, die unsere Unterstützung brauchen.  
307

308 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt immer und ganz besonders in Krisenzeiten: Kein  
Fußbreit den Faschisten.

309 **Wohlstand bewahren - Entlastungen gerecht verteilen**

310 Besonders diejenigen, die bereits vor der Inflation kaum über die Runden  
311 gekommen sind, sind jetzt besonders hart getroffen. Durch die gestiegenen Kosten  
312 für Grundnahrungsmittel und das tägliche Leben, sparen Menschen an allen  
313 möglichen Stellen ein. Ein warmes Zuhause oder eine warme Winterjacke für die  
314 Kinder dürfen nicht zum Luxus werden. Bereits jetzt weiß ein Großteil der  
315 Bevölkerung nicht, wie er die Nebenkostenabrechnung im nächsten Jahr bezahlen  
316 soll. Finanzielle Rücklagen, auf die in schwierigen Zeiten zurückgegriffen  
317 werden kann, fehlen bei ca. 40 Prozent der Bevölkerung. Viele Menschen sorgen  
318 sich um ihren Wohlstand. Für andere in diesem Land klingt das Versprechen des  
319 sozialen Aufstiegs und der Wohlstandsbewahrung – mehr denn je – wie Hohn. Auf  
320 die Sorgen vor Abstieg und Armut sowie der zunehmenden Hoffnungslosigkeit liegt  
321 es in unserer Verantwortung, Antworten zu finden und Entscheidungen zu treffen.  
322 Dazu brauchen wir entschlossene politische Entscheidungen und gleichzeitig ein  
323 gesellschaftliches Bündnis, in dem Staat, gesellschaftliche Netzwerke, die  
324 Wirtschaft und Institutionen sowie Gewerkschaften gemeinsam wirken. Diese Krisen  
325 werden wir nur solidarisch bewältigen.

326 Wir lassen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht allein. Um sie zu  
327 unterstützen, braucht es kurzfristige Entlastungen und konkrete langfristige  
328 Maßnahmen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft wirken. Wir brauchen  
329 zielgerichtete Instrumente für die, die am härtesten von den Krisen getroffen  
330 werden. Dazu gehört, dass wir Belastungen gerechter verteilen.

331 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 332 • Wir unterstützen Grüne auf Bundesebene darin, die Preise durch eine  
333 Gaspreisbremse – zumindest für einen Teil des Verbrauchs – auf ein Niveau  
334 zu bringen, das die Bürger\*innen ebenso wie die Unternehmen und Kommunen  
335 im Land vor Überforderung schützt.
- 336 • Mit dem Abschöpfen von Übergewinnen gehen wir auf Bundesebene einen ersten  
337 wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren, mit der den  
338 Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleibt. Zusätzlich  
339 werden Mittel aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds genutzt.
- 340 • Wir setzen uns dafür ein, dass niemand im Dunkeln sitzen oder frieren  
341 muss. Strom- und Gassperren gilt es mit allen Mitteln zu verhindern. Wir  
342 überprüfen sehr zeitnah, ob die im letzten Entlastungspaket hierfür  
343 vorgesehenen Instrumente, wie z. B. die Abwendungsvereinbarungen, dieses  
344

345 Ziel erreichen oder ein zeitlich befristetes Moratorium für Strom- und  
346 Gassperren notwendig ist.

346 • Wir begrüßen in diesem Zusammenhang den Rettungsschirm des Landes für die  
347 kommunalen Energieversorger in Höhe von 5 Milliarden Euro. Das sichert die  
348 Energieversorgung für die Bürger\*innen im Land.

349 • Solange es die Preise weiterhin notwendig machen, setzen wir uns im Bund  
350 für weitere Sofortentlastungen wie sozial gestaffelte Direktzahlungen ein,  
351 die bei den Menschen ankommen und nicht mit anderen Sozialleistungen  
352 verrechnet oder gepfändet werden.

353 • Wir unterstützen auf Landesebene die schnelle Umsetzung eines sozial  
354 gerechten Klimageldes, das mit den Koalitionspartnern auf Bundesebene  
355 vereinbart wurde. Dazu muss das Bundesfinanzministerium zügig die  
356 Möglichkeit schaffen, direkte Auszahlungen über die Verknüpfung der  
357 individuellen Steuer-ID mit der IBAN vorzunehmen.

358 • Wir setzen uns auf Bundesebene für weitere Entlastungsmaßnahmen, wie eine  
359 kurzfristige Erhöhung des BAföG-Regelsatzes und der  
360 Mindestausbildungsvergütung, ein.

361 • Die im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vorgesehene steuerliche  
362 Gutschrift für Alleinerziehende muss schnell auf den Weg gebracht werden,  
363 um Alleinerziehende, die am meisten von Armut betroffen sind, spürbar zu  
364 entlasten.

365 • Wir haben uns für ein 9-Euro-Nachfolgeticket stark gemacht und setzen uns  
366 dafür ein, eine Ticketalternative unterhalb der in der  
367 Verkehrsministerkonferenz beschlossenen 49 Euro für Menschen mit  
368 geringeren Einkommen zu entwickeln.

369 • Kulturschaffende und die Kultur brauchen unsere Unterstützung,  
370 beispielsweise bei der Hilfe der Bezahlung der gestiegenen Heizkosten.

### 371 **Soziale Sicherheit in der Krise schaffen – und darüber hinaus**

372 Unsere größte Aufgabe ist es in Zeiten von Umbruch und Wandel für eine  
373 klimaneutrale Zukunft zu sorgen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu  
374 sichern. Das gelingt uns nur, indem wir Solidarität mit denjenigen zeigen, die  
375 wenig haben und alle kontinuierlich ihren Beitrag leisten. Denn Solidarität ist  
376 keine einmalige Handlung, sondern eine Haltung, aus der konkrete politische  
377 Maßnahmen folgen.

378 Die drei Entlastungspakete, die unter grüner Regierungsbeteiligung im Bund  
379 verabschiedet wurden, leisten einen wichtigen Beitrag, um die Bürger\*innen in  
380 ihren individuellen Lebenssituationen und vor allem die, die wenig haben, für  
381 den kommenden Herbst, Winter und die Zeit danach zu entlasten. Es ist gut, dass  
382 der Bund über die Aufnahme von bis zu 200 Milliarden Euro neuer Kredite für den  
383 Wirtschaftsstabilisierungsfonds schon jetzt die finanziellen Grundlagen für die  
384 Abfederung der Energiekrise bis Mitte 2024 gelegt hat. Denn eine Krise ist keine  
385 Zeit für Geiz und kurze Sprünge. Das dritte beschlossene Entlastungspaket und  
386 der Abwehrschirm enthalten zur sozialen Abfederung viele wichtige Maßnahmen:  
387 eine Gas- und Strompreisbremse, ein Härtefallfonds für Unternehmen und soziale  
388 Einrichtungen, eine Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket, eine Wohngeldreform  
389 mit einem erweiterten Kreis der Berechtigten, eine Erhöhung von Kindergeld und  
390 Kinderzuschlag und das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 eine existenz- und  
391 teilhabesichernde Grundsicherung schafft. Als Grüne setzen wir uns dafür ein,  
392 dass zukünftige Entlastungsmaßnahmen noch stärker zielgerichtet diejenigen  
393 erreichen, die besonders bedürftig sind. Steuerliche Entlastungen höherer  
394 Einkommen sind ein falsches politisches Signal. Gerade in Krisenzeiten gilt für  
395 uns umso mehr, dass diejenigen, die viel haben, sich auch stärker an einer  
396 gerechten Verteilung der Kosten beteiligen müssen.

397 Als Grüne tragen wir in Bund und Land Regierungsverantwortung. Wir nehmen diese  
398 Verantwortung an und werden auch in den kommenden Monaten bestehende Lücken  
399 schließen, um die Menschen zu entlasten und unser soziales Sicherungsnetz zu  
400 stärken. Unser Kompass: Dabei muss unsere Unterstützung auf diejenigen abzielen,  
401 die es am meisten brauchen – Familien, Alleinerziehende, Rentner\*innen,  
402 Studierende, Auszubildende und Menschen, die von Armut betroffen sind.

403 Dabei sind Länder und Kommunen in besonderer Weise für die soziale Infrastruktur  
404 verantwortlich. Gerade in Krisenzeiten müssen die Menschen sich auf eine starke  
405 soziale Infrastruktur verlassen können. Kinder und Familien hatten auch in den  
406 letzten Jahren der Pandemie große Herausforderungen zu stemmen. Zugleich trat  
407 noch sehr viel deutlicher zutage, was viel zu lange nicht im Fokus der Politik  
408 war. Frühkindliche Bildung ist ein zentraler Baustein gelingender  
409 Bildungsbiografien, aber auch der Unterstützung von Familien bei der  
410 Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie vielen weiteren Alltagsfragen.

411 Als Landespartei setzten wir uns dabei für folgende Maßnahmen ein:

- 412 • Die Kinderbetreuung steht vor großen Herausforderungen: der noch immer  
413 anhaltenden Corona-Pandemie und dem Fachkräftemangel. Hinzu kommen viele  
414 Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse in die Kinderbetreuung, aus der  
415 Ukraine und anderen Krisen- und Kriegsregionen der Welt. In NRW werden wir  
416 aus diesen Gründen den Anschluss für die Finanzierung des Sprach-Kita-  
417 Programms ab Sommer landesseitig über den Haushalt für 2023 sicherstellen.

- 418 • Jetzt ist die Zeit, um Kitas und soziale und Erziehungsberufe zu stärken.  
419 Dazu braucht es Fachkräfte in den Kitas, die sich voll auf ihre  
420 pädagogische Arbeit konzentrieren können und für die Kinder da sind. Darum  
421 werden wir das Alltagshelfer\*innenprogramm verlängern und wollen es weiter  
422 verstetigen.
- 423 • Wir starten eine gezielte Fachkräfteoffensive für die Sozial- und  
424 Erziehungsberufe, mit der alle Kinder gleichberechtigte Teilhabechancen  
425 erhalten.
- 426 • Krisen dürfen Kinderarmut nicht verstärken. Sie muss gerade jetzt in den  
427 Blick genommen werden. Mit einem zügigen Start zum Pakt gegen Kinderarmut  
428 sorgen wir genau dafür.
- 429 • Kinder und Jugendliche dürfen nicht wieder zu Leidtragenden der Krise  
430 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der von der Energiekommission  
431 vorgeschlagene Hilfsfonds für Sozialdienste auch die soziale Infrastruktur  
432 für Kinder und Jugendliche umfasst. Darüber hinaus trägt auch das Land  
433 eine Mitverantwortung dafür, dass Kitas, (Berufs-)Schulen und  
434 Universitäten offen und warm bleiben. Gerade in Zeiten multipler Krisen  
435 brauchen Kinder und Familien verlässliche Strukturen.
- 436 • Überschuldung schafft Existenzangst und lähmt Betroffene. Deshalb ist es  
437 wichtig, dass wir die Schuldner- und Insolvenzberatung in unserem Land  
438 stärken und die Zugangsberechtigung weiter ausbauen. Ebenso setzen wir  
439 uns für die Stärkung der Verbraucherzentralen ein.

#### 440 **Starke soziale Strukturen schaffen**

441 Klar ist: Die Entlastungspakete können nicht alle Belastungen dauerhaft  
442 auffangen. Klar ist auch: Armut war bereits vor dem russischen Angriffskrieg auf  
443 die Ukraine ein strukturelles Problem in NRW. Unsere Aufgabe muss viel mehr  
444 sein, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen – auch über den Krisenmodus hinaus.  
445 Gerade in Krisenzeiten, aber nicht nur, kommt es daher auf ein starkes soziales  
446 Sicherungsnetz und eine starke soziale Infrastruktur an. Wer hier spart, spart  
447 am Fundament unserer Gesellschaft. Das lassen wir nicht zu. Armut ist  
448 vielschichtig und oft auf den ersten Blick unsichtbar. Für uns gehört zur  
449 Armutsbekämpfung die Sicherstellung der selbstbestimmten Teilhabe in allen  
450 Lebensbereichen.

451 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 452 • Der vom Bund aufgelegte Hilfsfonds muss auch die soziale Infrastruktur  
453 umfassend schützen.



- 454 • Nicht nur in den Sozial- und Erziehungsberufen, auch den Fach- und  
455 Arbeitskräftemangel in der Pflege, im Handwerk und in den Schulen gehen  
456 wir entschieden an. Dafür setzen wir uns auch für bessere Ausbildungs- und  
457 Arbeitsbedingungen ein.
- 458 • Frauen sind in ihrer Erwerbstätigkeit besonderen Schwierigkeiten  
459 ausgesetzt; sie unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit, um Familie zu gründen  
460 oder Angehörige zu pflegen, haben ein geringeres durchschnittliches  
461 Einkommen, sind öfter in Teilzeitarbeit oder im Niedriglohnssektor  
462 beschäftigt. Dadurch haben viele Frauen geringere Rentenansprüche und  
463 Altersarmut betrifft sie in hohem Maße. Wir stehen für eine bessere  
464 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, die sowohl einen entscheidenden  
465 Beitrag zur eigenständigen finanziellen Absicherung und Gleichberechtigung  
466 von insbesondere von Frauen, als auch dem Haushaltseinkommen insgesamt  
467 leistet.
- 468 • Die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen bleibt ein dringendes  
469 Handlungsfeld. Wir fordern die ortsnahen und behördenunabhängigen  
470 Arbeitslosenberatungen zu stärken und in den Kommunen durch Passiv-Aktiv-  
471 Transfer geförderte Arbeitsplätze zu schaffen.
- 472 • Starke soziale Strukturen müssen erreichbar sein, egal wo man wohnt und  
473 was man verdient. Zusätzlich zum 49-Euro-Ticket, und einer günstigeren  
474 Alternativen pochen wir daher auf den Ausbau des ÖPNV. Ohne eine deutliche  
475 Erhöhung der Regionalisierungsmittel, die der Bund den Ländern jährlich  
476 zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zur Verfügung stellt,  
477 droht ein Ausdünnen dieses Angebots. Deshalb bestehen wir auf einer  
478 deutlichen und angemessenen Erhöhung der Regionalisierungsmittel des  
479 Bundes, um den Ausbau des ÖPNV zu ermöglichen.
- 480 • Wohnen ist ein Grundrecht und Teil der Daseinsvorsorge. Wir müssen mit  
481 allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den öffentlichen und  
482 genossenschaftlichen Wohnungsbau stärker fördern, z.B. mit der  
483 Mietpreisbremse für mehr dauerhaft bezahlbaren Wohnraum sorgen,  
484 Mieter\*innenschutz ausbauen und den unkontrollierten Anstieg der  
485 Mietpreise stoppen.
- 486 • Wir werden Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen und wollen  
487 Obdachlosigkeit bis 2030 überwinden. Dafür entwickeln wir einen  
488 landesweiten Aktionsplan, der Zwangsräumungen mit allen Mitteln  
489 verhindert, flächendeckend Housing-First-Programme ermöglicht,  
490 Vermittlungsinitiativen in neue Mietverhältnisse unterstützt und die  
491 Kommunen beim Aufkauf notwendiger Kontingente bei Bestandswohnungen  
492 unterstützt.

- 493
- 494
- 495
- 496
- 497
- 498
- 499
- Wir wollen lebenswerte Quartiere in unserem Land schaffen und weiterentwickeln, denn sie sind ein Schlüssel für selbstbestimmtes Wohnen, soziale Teilhabe und den Zusammenhalt vor Ort. Wir forcieren dabei altersgerechte und barrierefreie städtebauliche Maßnahmen, die Angebote der sozialen Infrastruktur, Soziale Arbeit und die Interessen der Bewohner\*innen in Quartierbüros und mit hauptamtlichen Quartiersmanager\*innen unterstützen.
- 500
- 501
- 502
- 503
- 504
- Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss für alle hier lebenden Menschen abgesichert sein, unabhängig von Meldestatus und Staatsbürgerschaft und dabei sowohl den Bedürfnissen ländlicher, als auch urbaner Räume Rechnung tragen. Wir wollen mit Gesundheitszentren und Community Health Nurses eine Gesundheitsversorgung schaffen, die nah bei den Menschen ist.
- 505
- 506
- 507
- 508
- 509
- 510
- 511
- 512
- 513
- In diesem Zusammenhang begrüßen wir es sehr, dass durch den Tarifvertrag-Entlastung die Beschäftigten der Unikliniken des Landes eine deutliche Verbesserung ihrer Verhältnisse erzielt und damit einen Schritt zu einer besseren Gesundheitsvorsorge erreichen konnten. Dies wurde durch einen wirksamen Arbeitskampf, sowie durch die Änderung des Hochschulgesetzes durch Schwarz-Grün möglich. Wir begrüßen darüber hinaus, dass die Landesregierung klar gemacht hat, dass sie die Refinanzierung der möglichen Mehrkosten durch den neuen Tarifvertrag in Höhe von 60 Millionen Euro absichert.

514 **Gemeinsam aus der Krise**

515 Das Land befindet sich inmitten schwieriger Zeiten. Die Bürger\*innen erwarten

516 von uns Lösungen auf die gegenwärtigen Krisen. Soziale Sicherheit und soziale

517 Gerechtigkeit sind für den gesellschaftlichen Frieden unverzichtbar. Aus der

518 Energiekrise darf keine soziale Krise werden, die Spaltung und Polarisierung mit

519 sich bringt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, benötigen wir eine

520 gemeinsame und zielgerichtete Kraftanstrengung auf Bundes-, Landes- und

521 kommunaler Ebene. An vielen Stellen bedarf es einer Neujustierung unseres

522 Sozialstaates, bei dem wir diesen an die Herausforderungen aus dem Hier und

523 Jetzt stetig anpassen. Die Gleichzeitigkeit der Krisen und Putins

524 Erpressungsversuche werden uns weder spalten noch auf die Knie zwingen. Mit

525 Energiesouveränität und sozialer Politik gehen wir gestärkt und gemeinsam aus

526 der Krise.

## **V-01 Niederrhein schützen - Flächenverbrauch durch Kiesabbau jetzt begrenzen**

Antragsteller\*in: Hans-Peter Weiß (KV Wesel)

Tagesordnungspunkt: 5. Verschiedenes

### **Antragstext**

1 Das Oberverwaltungsgericht hat am 3.05.2022 die Vorgaben des  
2 Landesentwicklungsplans (LEP) für die Regionalpläne mit der Darstellung des  
3 Sand- und Kiesabbaus in Nordrhein-Westfalen für unwirksam erklärt. Nach diesem  
4 höchstrichterlichen Urteil ist in Bezug auf die Rohstoffsicherung und -nutzung  
5 eine völlig neue Gesetzgebung erforderlich, welche auf den konkreten Bedarf für  
6 das Land NRW abstellt. Dieser Bedarf sollte wie im Raumordnungs-gesetz für einen  
7 mittelfristigen Zeitraum – 15 Jahre – festgelegt werden.

8 Begleitend soll im Rahmen eines Fachgutachtens zeitnah geprüft werden, ob der  
9 Bereich „Rohstoffgewinnung“ in einen eigenständigen „LEP Rohstoffgewinnung“ zu  
10 überführen ist, weil die Sicherung der Rohstoffversorgung für die Bevölkerung  
11 und die Wirtschaft eine bedeutsame Aufgabe des Landes NRW ist. Gleichzeitig  
12 ermöglicht ein „LEP-Rohstoff-sicherung“ eine deutlich bessere Abwägung und die  
13 Überprüfung von Alternativen zur Erfüllung der Nachhaltigkeitskriterien.

14 Mit der dritten Offenlage des Regionalplans Ruhr werden die ausgewiesenen  
15 Abtragungsmengen entsprechend einer Verkürzung des Versorgungszeitraums von 25  
16 auf 20 Jahre um 20% reduziert, alle anderen Vorgaben, insbesondere die  
17 Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag, beabsichtigt der Regionalverband Ruhr  
18 jedoch in keiner Weise auch nur ansatzweise zu berücksichtigen.

19 Nach dem aktuellen Abgrabungsmonitoring des Geologischen Dienstes NRW von 2021  
20 bestand zum 01.01.2021 noch eine Reichweite des bereits genehmigten Volumens von  
21 18 Jahren (Seite 10). Eine kurzfristige Genehmigung neuer Flächen ist daher  
22 momentan überhaupt nicht erforderlich.

23 Daher möge der Landesparteirat beschließen:

- 24 **1. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Vorgaben des OVG und des**  
25 **Koalitionsvertrages unverzüglich, und nicht erst 2024, im Rahmen der**  
26 **Revision des Landesentwicklungsplans (LEP NRW) sicherzustellen. Dies**  
27

- 28 **bezieht sich insbesondere auch auf die im Koalitionsvertrag (Kapitel 7 –**  
29 **Raumordnung und Landesplanung) getroffenen Vereinbarungen:**
- 30 • *Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch zeitnah auf 5 Hektar pro Tag und*  
31 *perspektivisch auch weitergehend durch konkrete Maßnahmen zu reduzieren.*  
*Dazu werden wir den 5ha-Grundsatz in den LEP aufnehmen.*
  
  - 32 • *Durch ein konsequentes, wissenschaftlich fundiertes Rohstoffmonitoring*  
33 *(„Rohstoffbarometer“) soll der Verbrauch von Kiesen und Sanden transparent*  
34 *gemacht und auf den notwendigen Bedarf zurückgeführt werden. Bestehende*  
35 *Lagerstätten unter Berücksichtigung anderer Schutzgüter (z. B.*  
36 *Gewässerschutz) sollen maximal ausgeschöpft werden, um weniger Flächen zu*  
37 *verbrauchen.*
  
  - 38 • *Deshalb werden wir eine Rohstoffabgabe spätestens zum 1. Januar 2024*  
39 *introduce und diese auf Kies und Sand beschränken.*
  
  - 40 • *Gemeinsam mit unseren Bemühungen um die Förderung des Einsatzes*  
41 *alternativer Baustoffe ermöglichen wir so einen verbindlichen*  
42 *Degressionspfad und perspektivisch einen Ausstieg aus der Kies- und*  
43 *Kiessandgewinnung in den besonders betroffenen Regionen.*
- 44 **2. Die Landesregierung wird außerdem aufgefordert, bis zur Umsetzung dieser**  
45 **Vereinbarungen in einem LEP ein „Kiesmoratorium“ zu verhängen, um die**  
46 **zwischenzeitliche Genehmigung weiterer Abgrabungsflächen zu verhindern.**

## **Begründung**

Nach dem Urteil des OVG mussten als Folge die Interessen des Niederrheins hinsichtlich Abgrabungen von Kies und Sand auch im Koalitionsvertrag explizit festgeschrieben werden, denn der Kreis Wesel hat seit seinem Bestehen vielfältige Eingriffe in seine natürliche niederrheinische Landschaft erlebt, sei es durch den Steinkohleabbau, den Salzabbau oder den Abbau von Sand und Kies.

Dies hat u.a. zu einem dramatischen Verlust von landwirtschaftlicher Fläche und Kulturlandschaften geführt. Der Schutz des Trinkwassers am Niederrhein muss ebenfalls beachtet werden. Auch vor dem Hintergrund, dass sich die Bundesrepublik Deutschland zur Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens verpflichtet hat, lassen sich im Rahmen der Änderungen des LEP NRW konkrete Verpflichtungen für das Land NRW zur Erreichung der Klimaschutzziele ableiten. Hierbei muss deshalb auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24.03.2021 Anwendung finden.

Nach der Regierungsbildung und mit der bevorstehenden 3. Offenlage des Regionalplans Ruhr nimmt die Debatte rund um den Sand- und Kiesabbau am Niederrhein wieder Fahrt auf. Schaut man sich den Koalitionsvertrag an, geht es ja unter anderem um zeitnah angelegte Vorhaben. Auch die neue Landesregierung, allen voran Mona als zuständige Ministerin, muss nun dafür sorgen, dass das Versprochene

auch umgesetzt wird.

Der Koalitionsvertrag zeigt auf, welche Schritte nun nötig werden. Dies sind wir den vielen Menschen, die in den letzten Jahren durch den Raubbau der Kies- und Sandindustrie gelitten haben, mehr als schuldig. Sie haben sich auf unsere Aussagen im Landtagswahlkampf verlassen. Wir sehen auch keine Veranlassung, der Kies- und Sandindustrie weiter entgegen zu kommen. Hier hat die alte Landesregierung in der Vergangenheit genug „Gutes“ getan.

Wir müssen an dieser Stelle nicht erwähnen, welche politischen Auswirkungen dies für uns als betroffener Kreis in der Debatte mit Bürgerinnen und Bürgern und den verschiedener Initiativen haben wird, sollte die neue Landesregierung wortbrüchig werden und die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages nicht 1:1 umsetzen. Auch vor dem Hintergrund des OVG-Urteils sollten wir **alle** ein Interesse daran haben, dass der neue Landesentwicklungsplan NRW rechtssicher ist. Erneute Klagen - die bereits angekündigt wurden - müssen verhindert werden.

### **Unterstützer\*innen**

Christian Pelikan (KV Wesel), Martina Abel (KV Wesel), Elke Christiane Langenbrink (KV Wesel), Eleonore Grabowski (KV Wesel), Olaf Peters (KV Wesel), Jan Krüßmann (KV Wesel), Michael Denstädt (KV Wesel), Andreas Kalthoff (KV Wesel), Heike Kohlhase (KV Wesel), Clara Stockhorst (KV Wesel), André-Philip Hummes (KV Wesel), Christina Lantwin (KV Wesel), Manfred Schramm (KV Wesel), Niklas Graf (KV Wesel), Thomas Becker (KV Wesel), Manfred Brettschneider (KV Wesel), Peter Rüsing (KV Wesel), Christopher Surmund (KV Wesel), Mascha Gores (KV Wesel), Shirin Benazzouz (KV Wesel), Holger Schoel (KV Wesel), Wolfgang Buddemeier (KV Wesel), Ulrich Slusarek (KV Wesel), Kerstin Engel (KV Wesel), Karin Fetzer (KV Wesel), Selma Schwarzer (KV Wesel), Claudia Abel (KV Wesel), Martin Tönnes (KV Mettmann), Maximilian Böttcher (KV Wesel), Petra Weiß (KV Wesel), Birte Bonde (KV Wesel), Peter Nienhaus (KV Wesel), Thomas Langenbrink-Ochtrop (KV Wesel), Vera Thelen (KV Viersen), Ulrich Gorris (KV Wesel), Guido Höffner (KV Wesel), Klaus Leonhards (KV Wesel), Axel Paulik (KV Wesel), Anne Brandhoff (KV Wesel), Andreas Köhler (KV Wesel), Jürgen Otte (KV Wesel), Linda Andrea Wiedemann (KV Wesel), Michaela Baldus (KV Viersen), Helmut Fehr (KV Steinfurt), Jürgen Heinen (KV Viersen), Hubert Kück (KV Wesel), Nicole Brumme (KV Viersen), Maria Dittrich (KV Viersen), Emelie Herz (KV Wesel), Marco Gottlieb (KV Wesel), Johann Sebastian Ritzmann (KV Wesel), Christian Hommel (KV Wesel), Ursula Jansen-Hammel (KV Wesel), Sarah Hockertz (KV Wesel), Karl-Peter Kuschay (KV Wesel), Steffen Richter (KV Wesel), Jan Höffkes (KV Wesel), Christian Drummer-Lempert (KV Wesel), Diana Müller-Hoogen (KV Wesel), Dagmar Krause-Bartsch (KV Wesel), Rita Kersting (KV Wesel), Niels Awater (KV Wesel), Lukas Aster (KV Wesel), Christine Pokall (KV Wesel), Philipp Küpperbusch (KV Wesel), Tobias Kempken (KV Wesel), Viktor Di Dio (KV Viersen), Diana Hein (KV Düsseldorf), Ute Sickelmann (KV Kleve), Maria-Charlotte Koch

(KV Rhein-Sieg), Ute Kleta (KV Wesel), Manfred Hoffmann (KV Mülheim), Wobine Crisp (KV Viersen), Manfred Böttcher (KV Viersen), Carolin Hilkes (KV Viersen), Biggi Mestmäcker (KV Viersen), Thomas Nieberding (KV Viersen), Joe Kunze (KV Wesel), Corinna Tillmanns (KV Viersen), Jörg Pesch (KV Rhein-Kreis-Neuss)